

Bürger dürfen Kali-Unterlagen erneut studieren

Ergänzte Antragsdokumente von K+S liegen vom 17. November bis 16. Dezember öffentlich aus / Einwände von Bürgern bis Jahresende möglich

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/KREIS HILDESHEIM. Die Antragsunterlagen für eine Wiederinbetriebnahme des Kali-Bergwerks bei Giesen samt Neubau einer Fabrik am Schacht werden erneut öffentlich ausgelegt. Das hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) jetzt entschieden.

Damit bekommen alle interessierten Bürger erneut die Möglichkeit, die vom Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S)

eingereichten Dokumente, Studien, Analysen und Pläne persönlich unter die Lupe zu nehmen. Neben aus dem Vorjahr schon bekannten Papieren gibt es viele nachgereichte Gutachten und Begründungen des Unternehmens ebenso wie weitere Stellungnahmen zu von Bürgern, Behörden oder Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden erhobenen Einwänden zu den Plänen des Konzerns.

Die Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht begrüßte in einer ersten Stellungnahme die Entscheidung des LBEG:

„Wir sehen uns bestätigt, dass die Unterlagen aus der Anhörung im vergangenen Jahr unvollständig und inhaltlich unzureichend gewesen sind“, erklärte Dirk Fietz, einer der Sprecher der Gruppe. „Mit der Wiederauslage verbinden wir die Hoffnung, dass den Einwänden der Anlieger nun Rechnung getragen wird.“

Die BI Giesen-Schacht ist nicht grundsätzlich dagegen, das Bergwerk wieder in Betrieb zu nehmen. Sie hat allerdings

zum Schutz der Anlieger vor allem in Giesen und Ahrbergen einige Kernforderungen aufgestellt – etwa den Verzicht auf einen zweiten Kaliberg, die Verlegung des Entlüftungsschachtes vom Ahrberger Ortsrand weg und eine neue Route für die Kalibahn, die derzeit direkt an Wohnhäusern vorbeiführt.

Über alle drei Forderungen hat K+S bislang nicht mit sich reden lassen wollen. Ohne zweite Halde sei das Projekt wirtschaftlich nicht machbar und damit tot,

auch die beiden anderen Ansinnen ließen sich nicht erfüllen, so die Haltung des Konzerns. Das LBEG hat in der Diskussion über diese Themen beim Erörterungstermin im vergangenen Dezember nicht erkennen lassen, wie es als Genehmigungsbehörde dazu steht.

Durch die erneute öffentliche Auslegung dauert es bis zu einer Entscheidung über die Genehmigung noch länger als geplant. Was allerdings für K+S kein Problem ist. Das Unternehmen hat inzwi-

schon erklärt, das Bergwerk nicht sofort wieder starten zu wollen, sondern nach einer Genehmigung bis zu fünf Jahre lang abzuwarten, wie sich der weltweite Kalimarkt entwickelt.

Die Antragsunterlagen liegen in den Rathäusern der betroffenen Kommunen in der Zeit von Donnerstag, 17. November, bis Freitag, 16. Dezember, öffentlich aus. Bürger, die Einwände einreichen wollen, haben dazu bis zum 30. Dezember Zeit.